

## Verunsichert

### Die Union und die neuen Rechtsradikalen

Die neuen Rechtsradikalen machen den „Alt“- insbesondere den Unionsparteien zu schaffen. Wen wundert's. 7,5 Prozent für die Republikaner in Berlin, 6,6 Prozent bei den hessischen Gemeinderatswahlen in Frankfurt für die NPD, 7,1 Prozent für die Republikaner bei den Europawahlen.

Besonders schockierend wirkte das Europawahlergebnis in Bayern mit einer CSU deutlich unter 50 Prozent und 14,6 Prozent Republikaneranteil. Als bei den bayerischen Landtagswahlen 1986 die Republikaner aus dem Stand auf 3 Prozent kamen und damit bereits ein deutliches Markierungszeichen gesetzt war, regte sich noch niemand auf, am wenigsten die CSU. Und selbstverständlich wies man es weit von sich, mit stramm national-konservativen Parolen, hinter denen eine recht widersprüchliche Politik stand, die Stichworte geliefert zu haben. Und als bei der Bremenwahl die CDU noch einmal weit unter die 30-Prozent-Marke zurückfiel, dafür aber über Bremerhaven der erste Vertreter der Deutschen Volksunion (DVU) in die bremische Bürgerschaft einzog, gab es zwar viel Bedauern und verbalen, die Rechten seinerseits aufwertenden Protest von Grünen und Sozialdemokraten, aber als Vorwarnung vor allem für die Union wurde offenbar auch die Bremen-Wahl nicht verstanden.

Um so aufgeschreckter und zugleich hilfloser reagierte man nach Berlin und jetzt nach den Europawahlen: Soll man sich scharf abgrenzen, wie es das Präsidium im Juni getan hat, und damit sich selbst Fesseln anlegen? Oder soll man angesichts der Erfahrungen der SPD mit den Grünen doch pragmatischer verfahren und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit wenigstens im kommunalen Bereich offenlassen oder gar eventuelle künftige

Koalitionszwänge – mögliche Koalitionszwänge – „realistisch“ im Auge behalten und alle Festlegungen vermeiden? Soll man das Kunststück versuchen, die Wähler der neuen Rechtsradikalen zurückzugewinnen, indem man die „rechten“, vor allem nationalen Themen besetzt, mit denen völkische Populisten vom Schlage Schönhubers gegenwärtig mit Erfolg hausieren gehen, und damit der neuen Gruppierung den Boden entziehen? Soll man die Republikaner-Führung und deren noch undeutliche, aber Emotionen weckende Programmatik scharf angreifen und damit das Risiko eingehen, übers Ziel hinauszuschießen und den Rechtsradikalen dadurch zusätzliche Sympathien zu beschaffen?

Oder sollte man in den Wählern der Republikaner einfach ein konjunkturbedingtes und entsprechend konjunkturunterworfenenes Protestpotential sehen und, soweit das der politische Tagesstreit überhaupt zuläßt, das Ganze tiefer hängen und schlicht abwarten, bis die neue Gruppierung an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde geht oder die Leute in deren zweitem Glied, Sektierer, die sie sind, sich selbst ins Abseits bringen?

Wie weit sind die Gefolgsleute Schönhubers „nur“ radikal und damit im Prinzip doch hof-, sprich u.U. auch koalitionsfähig, oder wie weit ist die Partei – nicht so sehr ihre Wählerschaft – rechtsextrem affiziert? Es wird einige Zeit dauern, bis die aufgeschreckte Union von München bis Kiel zu einer einigermaßen schlüssigen Strategie sich durchringt, wenn sie überhaupt zu einer solchen findet.

Die Union ist dabei auch wirklich nicht zu beneiden. Zwar sind die Republikaner nicht einfach Fleisch vom Fleisch der Union wie wenigstens in der Gründungsphase und zu einem guten Teil heute noch die Grünen im Verhältnis zu den Sozialdemokraten. Aber tiefgründige Verwandtschaften zwischen den national-konservativen Strömungen in der Union und den fremdenfeindlichen und völkisch-deutschtümelnden Parolen („Bestandserhaltung des deutschen Volkes“, „ökologischer Lebensraum“, „Kriminalitätsimport“) und antimo-

dernen, tief reaktionären Denkmustern politisch spielenden Republikanern gibt es schon. Da ist es für die SPD – ob sie nun vom Hochkommen der Rechtsradikalen profitiert oder nicht oder solches Profitieren, wie es das mit Eifer verdammte Papier einiger Baracken-Intellektueller vom Dezember 1988 nahelegt, „genießt“ oder als Gesinnung und Praxis weit von sich weist – ein leichtes, die Union in den Schwitzkasten zu nehmen, sich selbst energisch von den Rechtsradikalen zu distanzieren und die Union zugleich mit den Rechtsradikalen verwandtem Gedankengut zu behaften und ihr damit Wähler in der Mitte abspenstig zu machen.

Weil dies so ist und die tief verunsicherte Union in Hektik verfällt, ist die Gefahr groß, daß *beide großen Volksparteien* nicht *strategisch* reagieren, sondern sich nur *taktisch* verhalten und sich damit *gegenseitig* schwächen. Vielleicht wäre es deshalb gut, über die Parteigrenzen hinweg, aber in je spezifischer Weise dreierlei im Auge zu behalten.

Erstens: Radikale Strömungen, ob konjunktur- oder konstitutionell bedingt, bekämpft man weder durch verbale noch durch inhaltliche Konzessionen und schon gar nicht durch Gegenagitation auf der Straße, sondern indem man deren emotionales Material in harter Auseinandersetzung, aber argumentativ aufarbeitet. Eine vernünftige, weder von einseitig karitativen Gesichtspunkten noch von Fremdenfeindlichkeit beeinflusste Asylantenpolitik, die Verfolgten Asyl gewährt und die tatsächlich nicht Berechtigte nach verkürztem Verfahren abweist, aber in Grenzfällen humane Lösungen zuläßt, kann da auch im Umgang mit den Wählern durchaus weiterhelfen.

Zweitens: Es hilft nichts, wenn Parteien versuchen, durch Abspaltungen von ihren Gegnern sich Mehrheiten zu sichern oder gegnerische Mehrheiten zu verhindern. Was kurzfristig nach Vorteil aussieht, wird sich langfristig als katastrophaler Nachteil erweisen. Die Republikaner haben der Union die stille Freude über die Schwächung der SPD durch die Grünen bereits

gründlich vergällt. Die SPD hat jetzt keinen Grund, in den gleichen Fehler zu verfallen; schon deswegen nicht, weil auch sie an die Republikaner verliert.

Drittens: Es fällt auf, daß die Grüne *Antje Vollmer* und die Republikaner-Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung von Ende Juni in einem Punkt aus sich überschneidenden Perspektiven faktisch zum selben Ergebnis kommen, nämlich „daß unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts die Existenz einer Rechtspartei ... der *Normalfall* (ist)“ und daß die hohe Konzentration der Wählerschaft auf zwei Volksparteien nur aus den besonderen Verhältnissen der bundesdeutschen Nachkriegszeit zu erklären ist, die inzwischen zu Ende geht. Der zitierte „Normalfall“ gilt für rechts wie für links. Das kann aber nur heißen, daß sich die Volksparteien insgesamt auf ein verändertes Parteiensystem mit niedrigerem eigenem Niveau an Wähleranteilen einzurichten haben. Je rascher sie das einsehen, um so eher wird es ihnen – auf diesem niedrigeren Niveau – gelingen, ihre eigene Stabilität auf Dauer zu sichern. se

## Dilemma

### *EKD-Stellungnahme zu Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung*

Welchen Sinn hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine kirchliche Positionsbestimmung zu friedensethischen Problemen? Diese Frage drängt sich angesichts der von der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD ausgearbeiteten und Anfang Juli vom Rat der EKD gebilligten Stellungnahme „Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung? Anmerkungen zur Situation des Christen im Atomzeitalter“ fast unwillkürlich auf. Schließlich ist die *kirchliche Friedensdiskussion* schon seit

Jahren *ausgereizt*: Sie hat einen breiten, gut fundierten *Konsens* darüber erbracht, daß Christen für die Überwindung des gegenwärtigen Abschreckungssystems und für eine nicht auf der gegenseitigen Vernichtungsdrohung beruhende Friedensordnung eintreten müssen. Gleichzeitig konnte sie aber *keine Einigung* darüber erreichen, ob Christen das System der Abschreckung für eine Übergangszeit noch tolerieren können und ob nicht die Kriegsdienstverweigerung die vom Evangelium her angemessenere Option darstellt. Die Erklärung des Stuttgarter ACK-Forums vom vergangenen Herbst (vgl. HK, Dezember 1988, 552 ff.) hat Konsens wie Dissens nochmals deutlich formuliert.

Daß sich die EKD-Kammer trotzdem zu einer weiteren Stellungnahme genötigt sah, hat wohl vor allem mit den anhaltenden Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen zu tun. In jüngerer Zeit, so der Text, sei innerhalb der EKD mehrfach die Auffassung vertreten worden, die Kriegsdienstverweigerung sei gegenüber dem Wehrdienst als das „deutlichere Zeugnis“ oder „deutlichere Zeichen“ eines Christen anzusehen. An diesem Punkt bezieht der Text mit der wünschenswerten Klarheit Stellung: „Welche Entscheidung der Christ auch fällt, ob für den Weg des Soldaten oder für den Weg des Kriegsdienstverweigerers, es darf nicht sein, daß der eine für sich eine höhere Qualität von Christsein in Anspruch nimmt oder gar dem anderen das Christsein abspricht, weil er eine andere Position vertritt.“ Im Dilemma der gegenwärtigen historischen Situation zwischen dem Ziel der Gewaltfreiheit und der Schutzbedürftigkeit von Recht und Frieden gegen Gewalt sei die Kirche nicht in der Lage, einem der angebotenen Wege zur Erhaltung des Friedens und zum Schutz des Lebens des Nächsten den Vorzug zu geben.

Vermutlich wird keine der beiden betroffenen Seiten mit der Stellungnahme der EKD-Kammer zufrieden sein: diejenigen nicht, die nach wie vor ein klares Votum der Kirche zugunsten der Kriegsdienstverweigerung einfordern, aber auch nicht diejeni-

gen, die sich angesichts mancher überzogener Angriffe auf die Bundeswehr gerade auch aus kirchlichen Kreisen ein deutlicheres Signal der Unterstützung und Ermutigung für die Soldaten und ihren Auftrag gewünscht hätten. Aber für beide Seiten kann der Text mit seiner ehrlichen Beschreibung des friedensethischen Dilemmas und seinem Hinweis auf die unumgängliche Gewissensentscheidung jedes einzelnen, sei er Wehrdienstleistender oder Kriegsdienstverweigerer, hilfreich sein. Er kann auch für das gerade unter dem Dach der Kirche mögliche Gespräch zwischen den beiden Gruppen bzw. Optionen gute Dienste leisten.

Erst zum Schluß kommt die Stellungnahme auf „Friedenspolitik in der heutigen Welt“ zu sprechen. Welche Entscheidungen Christen heute nach gewissenhafter Prüfung treffen könnten, hänge nicht zuletzt davon ab, welche Entscheidungen sich die Träger eines politischen Mandats heute zutrauten. Damit macht der Text auf eine wichtige Aufgabe kirchlicher Friedensethik in der gegenwärtigen Situation aufmerksam: Nachdem die Grundpositionen der kirchlichen Haltung zu Krieg und Frieden im Atomzeitalter durchdiskutiert und weithin auch geklärt sind, käme es in einem weiteren Schritt darauf an, unter Berücksichtigung der neuen Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis und der gegenwärtigen Veränderungen in Osteuropa diese Positionen produktiv fortzuschreiben.

Kirchliche Friedensethik sollte es nicht bei der weiterhin notwendigen Wiederholung der biblischen Friedensbotschaft und der abstrakten Beschreibung ethischer Dilemmata angesichts der angehäuften Waffenarsenale belassen, sondern den politischen Prozeß aufmerksam begleiten. In der Stellungnahme der EKD heißt es: „Der Friede in der Welt, für den zu arbeiten uns der von Gott geschenkte Frieden befähigt, verlangt von uns eine Analyse und Bewertung der Weltverhältnisse und stellt die Handelnden in den historischen Zusammenhang ihrer Generation.“ Dies ist eine Perspektive, an der weitergearbeitet werden sollte. 174